

C. Gemeinsame Bestimmungen

1. Haben an einem Tage ein Mitglied und sein Stellvertreter an derselben Sitzung bzw. Prüfung teilgenommen, so steht nur dem Mitglied die Entschädigung nach A und B zu. Hat jedoch der Stellvertreter das Mitglied in einem Teil der Sitzung bzw. Prüfung vertreten müssen, so erhält er die Entschädigung, wenn sich seine Vertretung mindestens auf die Verhandlungen zu einem ganzen Tagesordnungspunkt bezogen bzw. bei der Prüfung auf mindestens einen halben Prüfungstag erstreckt hat. Bei konstituierenden Sitzungen erhalten auch die Stellvertreter die Entschädigung nach A und B. Dasselbe gilt auch für Abschlußbesprechungen, an denen ein Stellvertreter teilnimmt, weil er das Mitglied in einem Teil einer Sitzung bzw. Prüfung nach Satz 2 vertreten hat.

2. Prüfungs- und Sitzungsvergütungen unterliegen nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn; sie werden bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 25 oder des § 46 des Einkommensteuergesetzes 1979 i. d. F. vom 21. 6. 1979 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und anderer Gesetze vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1537) und Art. 1 des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes und anderer Gesetze vom 20. 8. 1980 (BGBl. I S. 1545), durch Veranlagung zur Einkommensteuer erfaßt. Von den nach diesen Richtlinien zu gewährenden Prüfungs- und Sitzungsvergütungen bleibt ein Teilbetrag bis zu 25 v. H., höchstens jedoch jährlich 1200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als Aufwandsentschädigung steuerfrei.

D. Inkrafttreten

Die vorstehende Regelung tritt mit Wirkung vom 1. 1. 1981 in Kraft. Gleichzeitig tritt die mit Bek. des MI vom 27. 12. 1979 (Nds. MBl. 1980 S. 146) veröffentlichte Regelung außer Kraft.

Waffenrecht; Zuständigkeit für die Ausstellung von Ersatzbescheinigungen nach § 6 Abs. 1 und 2 des Waffengesetzes an Flug- und Seeschiffskapitäne

RdErl. d. MI v. 15. 6. 1981 — 21.2 — 12241/3.2

Zur Klarstellung weise ich darauf hin, daß Flug- und Seeschiffskapitänen auf Grund und zur Wahrnehmung der ihnen verliehenen hoheitlichen Befugnisse keine Waffenbesitzkarten und Waffenscheine zu erteilen sind. Die Beurteilung richtet sich nach § 6 Abs. 1 und 2 des Waffengesetzes i. d. F. vom 8. 3. 1976 (BGBl. I S. 432), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. 7. 1980 (BGBl. I S. 956). Für die Ausstellung von entsprechenden Ersatzbescheinigungen an Flugkapitäne ist der Bundesminister des Innern, 5300 Bonn, und an Seeschiffskapitäne der Bundesminister für Verkehr — Abteilung Seeverkehr —, Bernhard-Nocht-Straße 78, 2000 Hamburg 4, zuständig.

An die
Bezirksregierungen,
Erlaubnisbehörden des Waffenrechts.

— Nds. MBl. Nr. 28/1981 S. 585

Änderung eines Gemeinadenamens

Bek. d. MI v. 11. 6. 1981 — 31.1 — 10002/13 N 1

Mit Erlaß vom 11. 6. 1981 habe ich den Namen des Flekens Ahlden (Landkreis Soltau-Fallingb. ostel) in „Ahlden (Al-ler)“ geändert (§ 13 NGO).

— Nds. MBl. Nr. 28/1981 S. 585

D. Sozialminister

Bekanntmachung über die geplante Kapazitätserweiterung des Brennelementlagerbeckens im Kernkraftwerk Grohnde

Bek. d. MS v. 18. 6. 1981 — 505 — 22.51.52 (02)

Gemäß § 4 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) vom 18. 2. 1977 (BGBl. I S. 280) wird bekanntgemacht:

Die Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH, Hauptstr. 52, 3254 Emmerthal 1, hat nach § 7 des Atomgesetzes i. d. F. vom 31. 10. 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Änderung von Kostenvorschriften des Atomgesetzes vom 20. 8. 1980 (BGBl. I S. 1556), mit Schreiben vom 20. 6. 1979 beantragt, im Kernkraftwerk Grohnde an Stelle der bisher vorgesehen Lagergestelle für abgebrannte bzw. teilabgebrannte Brennelemente (BE) Brennelementlagergestelle mit höherer Lagerkapazität (Kompaktlagergestelle) einbauen und betreiben (belegen) zu dürfen. Die Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), Tresckowstr. 5, 3000 Hannover 91, die Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH (KWG), 4952 Porta-Westfalica-Veltheim und die Kraftwerk Union-AG (KWU), 8520 Erlangen, sind dem Antrag mit Schreiben vom 21. 5. 1981 beigetreten.

Das Kernkraftwerk Grohnde liegt im Bereich der Gemeinde Emmerthal, Landkreis Hameln-Pyrmont, zwischen den Ortschaften Grohnde und Kirchhosen am linken Weserufer zwischen Flußkilometer 124 und 125. Die für die Errichtung und den Betrieb notwendigen Anträge hatten die o. g. Antragsteller bei dem Niedersächsischen Sozialminister gestellt. Bisher sind hierzu am 8. 6. 1976 (Nds. MBl. S. 1109), 9. 7. 1979 (Nds. MBl. S. 1157), 16. 7. 1980 (Nds. MBl. S. 1016) und 7. 5. 1981 (Nds. MBl. S. 469) vier Teilerrichtungsgenehmigungen (TEG) erteilt worden, von denen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung vom 8. 6. 1976 auch eine Konzeptgenehmigung für die Gesamtanlage enthält. Gegenstand dieser Konzeptgenehmigung ist auch die — bisher vorgesehene — Lagerung bestrahlter Brennelemente.

Mit dem vorliegenden Genehmigungsantrag gemäß § 7 des Atomgesetzes streben die Antragsteller eine demgegenüber veränderte Brennelementlagerung an.

Sie beabsichtigen, die Lagerkapazität im Brennelementlagerbecken von 260 Brennelement-Positionen auf 768 Brennelement-Positionen (1 Kernvollausladung und 9 Wechselchargen) zu erhöhen. Erreicht werden soll diese Kapazitätserweiterung durch eine Verringerung des Zentralabstandes benachbarter Brennelemente von 380 mm auf 283 mm unter Aufrechterhaltung der notwendigen Kritikalitätssicherheit durch die Ummantelung mit Borstahlschächten.

Das Brennelementlagerbecken ist innerhalb des Reaktorgebäudes angeordnet, wodurch ein Schutz der gelagerten Brennelemente gegen Einwirkungen von außen erreicht wird. Es soll mit vollentsalztem, boriertem Wasser gefüllt werden, welches zur Abschirmung der radioaktiven Strahlung und zur Kühlung der gelagerten Brennelemente dient.

Die Lagerstelle sollen im Brennelement-Lagerbecken bestrahlte Brennelemente aufnehmen. Der entscheidende konstruktive Unterschied zu den bisher geplanten Lagerstellen besteht darin, daß eine ausreichende Unterkritikalität nicht mehr durch den Brennelementabstand, sondern durch neutronenabsorbierende Absorberschächte aus Borstahl um jede Gestellposition erreicht werden soll.

Der Genehmigungsantrag, der Sicherheitsbericht sowie eine Kurzbeschreibung der Anlage liegen vom 8. 7. 1981 bis 7. 9. 1981 während der Dienststunden im Dienstgebäude des Niedersächsischen Sozialministeriums, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 3000 Hannover, Zimmer E 32, von 7.30 Uhr bis 16 Uhr, und im Dienstgebäude des Landkreises Hameln-Pyrmont, Kreisbauamt, Ostertorwall 22 a, 3250 Hameln, Zimmer 17, montags bis donnerstags von 7.30 Uhr bis 17 Uhr und freitags von 7.30 Uhr bis 13 Uhr zur Einsichtnahme aus. Es wird hiermit dazu aufgefordert, etwaige Einwendungen innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift

bei den vorgenannten Dienststellen vorzubringen. Mit Ablauf der Auslegungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 7 Abs. 1 Satz 2 AtVfV).

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen gegen das Vorhaben wird ein Erörterungstermin mit den Antragstellern und den Einwendern stattfinden (§ 8 ff. AtVfV). Im Erörterungstermin werden die Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder der Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Der Termin wird in der gleichen Weise wie dieses Vorhaben bekanntgemacht werden.

Die Entscheidungen über den Antrag und die Einwendungen werden den Antragstellern und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, zugestellt werden. Sollten mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sein, können diese Zustellungen durch eine öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 17 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 AtVfV).

— Nds. MBl. Nr. 28/1981 S. 585

E. Kultusminister

Aktenplan für die niedersächsische Landesverwaltung; hier: Anwendung im Geschäftsbereich des MK

RdErl. d. MK v. 4. 6. 1981 — 101 — 02 202

— GültL 1/86 —

— Im Einvernehmen mit dem MI —

Bezug:

Gem. RdErl. vom 10. 10. 1979 (Nds. MBl. S. 1858)
— GültL MI 1/49 —

1 — Durch die Ergänzungslieferung 1981 werden erstmalig die Aufgaben des Geschäftsbereiches des MK im Aktenplan für die niedersächsische Landesverwaltung einheitlich erfaßt.

Während bisher die Bearbeitung des Schriftgutes in den Schulen und Schulbehörden durch eine Vielzahl von Ordnungssystemen erschwert wurde, soll der neue Aktenplan dazu dienen, die Schriftgutverwaltung einheitlich, einfacher und für alle Beteiligten überschaubarer zu gestalten.

2 — Der neue Aktenplan ist ab 1. 9. 1981 in meinem Geschäftsbereich neben der Aktenordnung für die niedersächsische Landesverwaltung (Nds. AktO) anzuwenden. Allen Dienststellen meines Geschäftsbereiches wird demnächst mindestens ein Exemplar des Sonderdruckes „Aktenordnung und Aktenplan für die niedersächsische Landesverwaltung“ nach dem neuesten Stand zugehen. Die Schulaufsichtsämter erhalten neben den vier Exemplaren für den Eigenbedarf je ein Exemplar des Sonderdruckes für die Schulen ihres Zuständigkeitsbereiches unmittelbar von der Druckerei mit der Bitte um Weiterleitung.

3 — Um bei der Neuordnung des Schriftgutes den Aufwand für die Umstellung so gering wie möglich zu halten, weise ich auf folgendes hin:

1. Da im Bereich der Querschnittsaktensnummern (Organisation, Personal und Haushalt) der neue Plan mit dem bisherigen Plan der Bezirksregierungen übereinstimmt, werden die Personalakten der Lehrer von den Umstellungsarbeiten nicht betroffen.
2. Für Schriftgut, das nach dem 1. 9. 1981 eingeht, sind die Akten nach diesem Aktenplan anzulegen.
3. Akten, für deren Sachinhalt in dem neuen Aktenplan eine Aktenbezeichnung ausgewiesen ist, werden mit der neuen Aktennummer und Aktenbezeichnung weitergeführt.
4. Die übrigen Akten werden geschlossen. Aus ihnen wird Schriftgut nur insoweit in neue Akten übernommen, als es für den Dienstgebrauch unentbehrlich ist. Die geschlos-

senen Akten erhalten einen Hinweis auf die neuen Akten und die neuen Akten auf die geschlossenen Akten.

5. Die neuen Akten sind in einem Aktenverzeichnis einzutragen (§ 8 Nds. AktO). In den Aktenverzeichnissen alter und neuer Ordnung sollen ebenfalls gegenseitige Hinweise aufgenommen werden.

4 — Die Bezirksregierungen haben zur Erleichterung ihrer Umstellungsarbeiten eine Gegenüberstellung „bisherige Aktennummern der Gruppen 501—504/neue Gruppen —, Untergruppen- bzw. Aktennummern“ erhalten.

An die

Dienststellen des Geschäftsbereiches.

— Nds. MBl. Nr. 28/1981 S. 586

Unterrichtsfreie Sonntage an den allgemeinbildenden Schulen

Erl. d. MK v. 20. 5. 1981 — 304 — 32 000/1

— GültL 152/236 —

Bezug:

- a) Erl. vom 19. 11. 1974 (Nds. MBl. 1975 S. 547; SVBl. S. 311)
— GültL 152/172 —
- b) Erl. vom 8. 1. 1958 (SVBl. S. 2)
— GültL 152/48 —
- c) Schnellbrief vom 22. 7. 1979 — 304 — 32 000/1 — (n. v.)
- d) RdErl. vom 6. 6. 1980 — 304 — 32 000/1 — (n. v.)

1. An den allgemeinbildenden Schulen ist, sofern sie selbst keine andere Entscheidung (s. Nr. 2) treffen, vom Schuljahr 1981/82 an ein Sonntags- und ein Montag, in der Regel der zweite, unterrichtsfrei. Die unterrichtsfreien Sonntage werden für jedes Schuljahr vom Kultusministerium im Schulverwaltungsblatt bekanntgegeben.

2. Abweichend von der allgemeinen Regelung (Nr. 1) können Schulen folgende Regelungen zu Beginn eines Schuljahres oder eines Schulhalbjahres einführen, wenn die Gesamtkonferenz dies beschließt und der Schülerrat und der Schulleiterrat sowie der Schulträger und der Träger der Schülerbeförderung zustimmen:

- der unterrichtsfreie Sonntag entfällt,
- neben dem zweiten ist auch ein weiterer Sonntag eines Monats unterrichtsfrei,
- alle Sonntage sind unterrichtsfrei (5-Tage-Woche).

Zur Einführung der 5-Tage-Woche ist die Zustimmung einer 3/4-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Schulleiterrats und des Schülerrats erforderlich.

3. Vor der Beschlußfassung der Gesamtkonferenz zu einer der unter Nr. 2 genannten Regelungen sind alle Eltern (Erziehungsberechtigten) frühzeitig schriftlich von der Schulleitung über die Auswirkungen der vorgesehenen Regelung vor allem auf Stundenplan und Schülerbeförderung zu unterrichten. Vor der Einführung der 5-Tage-Woche ist auf die zusätzliche Belastung der Schüler an den 5 Schultagen besonders hinzuweisen.

4. Nachmittagsunterricht ist sowohl im Regelfall als auch bei Regelungen nach Nr. 2 auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Um dieses Ziel zu erreichen oder um die Bedingungen der Schülerbeförderung zu verbessern, dürfen von der Schule für die Schüler in der Klasse 6 eine Pflichtstunde weniger, für die Schüler in den Klassen 7 bis 10 bis zu 2 Pflichtstunden weniger angesetzt werden, als in den geltenden Stundentafeln vorgesehen sind. Die Abweichungen von der Stundentafel dürfen nicht einseitig zu Lasten eines Faches bzw. Fachbereichs sowie des Wahlpflichtangebotes gehen. Die Zahl der Lehrerstunden, die der Schule zur Verfü-